

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 11 (1970)
Heft: 24

Artikel: Der Samisdat
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092645>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Herausgegeben vom Schweizerischen Ost-Institut

11. Jahrgang Nr. 24
Erscheint alle zwei Wochen
Bern, 2. Dezember 1970

Der Samisdat

Wenn in der Sowjetunion von heute offiziell nicht gebilligte Texte (wie etwa die Schreiben der «Initiativgruppe zur Verteidigung der Menschenrechte in der UdSSR», siehe Seite 2) zirkulieren und ihre Leser finden, so ist das einer «Institution» zu verdanken, die Samisdat, Selbstverlag, genannt wird (sam = selbst, isdat, kurz für isdatelstwo = Verlag).

Samisdat ist, wenn man so will, eine äusserst primitive Methode, das Pressemonopol des Regimes zu unterlaufen. Manuskripte erhalten dadurch eine «Auflage», dass sie jeder Bezüger vermehrt, indem er sie mit der Schreibmaschine abtippt oder sogar von Hand kopiert. Wie viele Kopien eines jeweiligen Textes auf diese Art im Lande zirkulieren können, lässt sich naturgemäss nicht feststellen. Der Samisdat ist eine schwer fassbare Erscheinung, und selbst umfangreiche Beschlagnahmungen können nicht verhindern, dass aus einem übriggebliebenen Exemplar wieder ein Rinnsal und dann ein Bach wird. «Veranstaltet eine Generaldurchsuchung, verhaftet die Verfasser und Verteiler, aber solange auch

nur eine Kopie bleibt, wird sie vervielfältigt werden, und um so fleissiger», hatte G. Wladimow bereits im Frühling 1967 an den in Moskau tagenden Schriftstellerkongress geschrieben.

Der Samisdat ist in der Sowjetunion so etwas wie die freie Presse und die freie Literatur geworden. An sich ist er als Träger aller möglichen Gedanken geeignet. Durch ihn werden sowohl Gedichte, Erzählungen und Romane verbreitet als auch Appelle von nichtkonformen Kommunisten oder von Nichtkommunisten, Schreiben von christlichen Gemeinschaften oder Proteste gegen konkrete bürokratische Missstände. Das Gemeinsame der Samisdat-Autoren besteht lediglich darin, dass sie alle für die Freiheit des Wortes auftreten, indem sie es beanspruchen.

Trotzdem hat der Samisdat in den letzten Jahren insgesamt einen Wandel durchgemacht. Vor 1966 war er hauptsächlich ein Phänomen des kulturellen Nonkonformismus; seither ist er immer mehr zu einer Erscheinung der bewussten politischen Opposition geworden.

Bis in die erste Zeit der Breschnew-Aera hinein war der Samisdat hauptsächlich durch litera-

(Fortsetzung auf Seite 4)

IN DIESER NUMMER

Die «Initiativgruppe» erklärt sich 2

Ein offener Brief der «Initiativgruppe zur Verteidigung der Bürgerrechte in der UdSSR» als Beispiel für jene Stimmen, auf welche die Menschenrechtskommission der UNO nicht hört

Zum Beispiel

Valerija Nowodworskaja 5

Was mit einer sowjetischen Studentin passiert, wenn sie Flugblätter verteilt

Die Enkelin

des grossen Kaisers Sunyata 7

Reminiszenzen von Ervin György an seine Tätigkeit im Weltfriedensrat

Das «Leningrader Programm» 8

Valerij Tarsis über verschiedene Strömungen der sowjetischen Opposition

Die neue Ordnung lässt sich an 10

Lateinamerikanische Uebersicht von Alphonse Max

Gleichberechtigung 12

Ungarische Karikaturen



Der Fürst beim Gutsherrn: Breschnew bei Kadar in seinem ungarischen Jagdrevier.

Was keine Selbstverständlichkeit war

Kadar hielt sich

Zum 10. Parteikongress in Budapest

Seine Fingernägel liess ihm Rakosi im Kerker herausreissen, und Vladimir Farkas urinierte in seinen Mund. Nach seiner Freilassung war er ein populärer Politiker, und im Oktober 1956 wollte er noch mit blossen Händen gegen die Panzer der sowjetischen Invasoren kämpfen. Nach der undurchsichtigen Geschichte seiner Hinwendung zur Interventionsmacht nannten ihn seine Landsleute einen Verräter und Quisling; heute bangen sie um sein Verbleiben. Janos Kadar, der eine kommunistische Politik nach ungarischen Massstäben verkörpert, brachte dem Land eine Aera der kleinen Freiheiten. Er sorgte nach der Tobsucht der stalinistischen Zeiten für eine relative Entspannung im Innern und für eine Aussenpolitik persönlicher Prägung innerhalb des Ostblocks.

Der ungarische Parteichef, der unzählige Stürme, Palastrevolten seiner Widersacher und Anfechtungen von Scharfmachern im In- und Ausland durchzustehen hatte, konnte am Rednerpult des 10. Parteitages der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) tatsächlich auf gewisse Erfolge zurückblicken, die sogar von seinen Gegnern zugegeben werden. Selbst sein Volk, das den Kommunismus nach wie vor als ein fremdes Herrschaftssystem ablehnt, ist in der Meinung einig, dass es ihm nach Kadar nur noch schlechter gehen kann. Tatsächlich begründeten manche ungarische Flüchtlinge in westeuropäischen Hauptstädten ihre Flucht mit der Angst vor einem Sturz Kadars.

Viele Faktoren — von Ideen des Volksaufstandes 1956 bis zur Wirtschaftsreform — trugen dazu bei, dass sich in Ungarn trotz Diktatur des Proletariats mit allen ihren Utensilien manches geändert hat und der Donau-

(Fortsetzung auf Seite 6)

Die politische Meinung

Zweimonatshefte für Fragen der Zeit

Mit Heft 133 (November/Dezember 1970) beginnt am Ende des 15. Jahrgangs im neuen graphischen Gewand ein neuer Abschnitt der bekannten «Zeitschrift für Diskussionen».

Aus Heft 133:

Alfred Müller-Armack

Otto B. Roegele

Franz Nuscheler/Winfried Steffani

Rüdiger Altmann

Hans Maier

Friedrich H. Tenbruck

Ist die Inflation unser Schicksal?

Mehr und besser informieren

Opposition als Alternativregierung

Die Wandlung der Union

Die andere Bildungskatastrophe

Im Irrgarten der Soziologen

Umfang 108 Seiten

Preis DM 4.—

Herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung

Eichholz-Verlag GmbH Bonn

D - 53 Bonn — Postfach 458

Offener Brief

(Fortsetzung von Seite 3)

einer Lage, in welcher unserer Meinung nach Nichtstun unzulässig ist. Die Initiativegruppe ist von der Zweckmässigkeit verschiedener Aktionen seitens vieler Personen ebenso überzeugt wie von der Nutzlosigkeit der Untätigkeit.

*

Es wurde uns empfohlen, nicht nur zur Verteidigung der Sowjetbürger aufzutreten, sondern auch aller jener, deren Rechte in Griechenland, Spanien, Rhodesien, der Südafrikanischen Union usw. verletzt werden.

Wir sympathisieren mit allen Unterdrückten. Aber das, was in unserem Land geschieht, berührt uns natürlich stärker; dafür sind wir direkt verantwortlich. Wenn bei uns eine offizielle Kampagne gegen die Willkür der griechischen oder rhodesischen Regierung durchgeführt wird, so wird dieser Willkür die tadellose sowjetische Wirklichkeit gegenübergestellt. Die Polizeiregi-

mes anderer Länder werden entlarvt, um das eigene — angeblich wahrhaftig demokratische — Regime zu verherrlichen. Unsere Kameraden sind wegen ihrer Ueberzeugungen in Gefängnissen und Straflagern eingesperrt, und jene, die sie dort festhalten, entrüsten sich lautstark über die griechischen Gefängnisse. Wir weigern uns, bei diesem Spektakel mitzumachen.

Noch eine Ueberlegung: Die Verletzung der Menschenrechte in einem grossen Land ist nicht nur als schlechtes Beispiel für andere Länder besonders gefährlich, sondern auch deswegen, weil die Gewohnheit, die Menschenrechte im eigenen Land zu verletzen, sehr leicht auf die Beziehungen zu anderen Ländern übertragen werden kann.

Wenn es gelingen würde, selbst einen kleinen Erfolg im Kampf für die Menschenrechte in unserem Land zu erzielen, so würde das der Bestätigung der Menschenrechte in anderen Ländern mehr dienen als alle Deklarationen zu dieser Frage.

Wir haben nie gehört, dass man in einem anderen Land die Irrenhäuser als Mittel der politi-

Der Samisdat

(Fortsetzung von Seite 1)

rische Beiträge repräsentiert, die insbesondere durch verschiedene Studenten-«Zeitungen» verbreitet wurden. Vor allem kamen so Gedichte im Umlauf (Beispiele davon lassen sich etwa in Mihajlo Mihajlovs «Moskauer Sommer 1964» finden).

Für den Umschwung zur «Frontstimmung» sorgten dann die Machthalber selbst, als die offizielle Presse Blitz und Donner gegen die non-konformistischen Verfasser schleuderte und die Polizeiorgane sich für die vornehmlich jungen Dichter zu «interessieren» begannen. Weil die Einschüchterung indessen nicht stark genug war, um wieder das grosse Schweigen herbeizuführen, bewirkte sie Trotz und Kampf. Nunmehr tauchte im Samisdat die politische Note auf (sie konnte gar nicht umhin), die in der Folge immer deutlicher wurde. Das war ein ganz natürlicher Prozess. Wer immer ein freies Wort äusserte, geriet unausweichlich in Konflikt mit dem

schen Isolierung verwendet. Bei uns wird das praktiziert. Personen, die wegen öffentlich geäusselter Kritik der Gerichtsentscheide oder irgendwelcher Massnahmen der Regierung auf dem Gebiete der Innen- oder Aussenpolitik verhaftet wurden, werden als unzurechnungsfähig erklärt und im Abwesenheitsverfahren abgeurteilt. Sie werden zur zwangsweisen Behandlung in psychiatrischen Kliniken allgemeinen Typs und in speziellen Gefängniskrankenhäusern verurteilt. Dabei ist die Behandlungsdauer in der Regel unbeschränkt.

Wir nennen hier einige Namen von Personen, die in der letzten Zeit so behandelt wurden: I. Jachimowitsch, gew. Kolchosevorsitzender; P. G. Grigorenko, gew. Generalmajor; W. Borisow, Arbeiter; W. Gerschuni, Arbeiter, früher Insasse der stalinschen Straflager; W. Nowodworskaja, Studentin; N. Gorbanewskaja, Dichterin (sie wurde von der gerichtsmedizinischen Expertise für unzurechnungsfähig erklärt, obwohl noch keine Gerichtsverhandlung stattgefunden hat).

Die Initiativegruppe möchte hiermit die Gelegenheit wahrnehmen, um die Echtheit der Notizen von P. G. Grigorenko zu bestätigen, die er während der Voruntersuchung (im Gefängnis in Taschkent und im Serbski-Institut für gerichtspsychiatrische Expertise) gemacht hatte und die er als «Kurze Chronik» bezeichnete.

*

Wir haben fünfmal an die Kommission für Menschenrechte der UNO geschrieben. Die Kommission hat bis jetzt auf unsere Eingaben nicht reagiert. Vielleicht gibt es dafür Gründe, die uns unbekannt sind.

In diesem Brief haben wir versucht, zu zeigen, warum wir unsere Eingaben nicht als nutzlos betrachten.

Die Initiativegruppe zur Verteidigung der Menschenrechte in der UdSSR:

T. Welikanowa; S. Kowalew; A. Lawut; L. Pljuschtsch; G. Podjapoljskij; T. Chodorowitsch; P. Jakir; A. Jakobson.

«Erstveröffentlichung»

nannten wir in einem redaktionellen Untertitel (ZB, Nr. 22) jene Auszüge aus dem Schreiben von Gustav Husak, in welchem er 1962 vom Zentralkomitee der KPTsch seine Rehabilitierung verlangte. Indessen war das Dokument bereits am 15. August 1969 von der Hamburger «Zeit» veröffentlicht worden. Der Irrtum ist nicht unserm Korrespondenten Michael Stemmer anzulasten, der tatsächlich aus seinem eigenen persönlichen Quellenmaterial zitierte und nicht wissen konnte, dass der Text auch anderweitig durchgesickert war. Im übrigen freue ich mich wenigstens darüber, dass man tschechoslowakischerseits den Text Husaks nicht so leicht als imperialistische Fabrikation oder antikommunistische Fälschung wird bezeichnen können cb

neostalinistischen Regime und fing an, die ihn umgebende Unfreiheit auf ganz neue Weise zu erleben. Er ging zur bewussten Verteidigung über, verschanzte sich hinter seine Rechte als Bürger, trat dann für seine Nächsten auf und darnach auch für Leute, die er persönlich nicht kannte. So wurden die heutigen öffentlich auftretenden «Dejateli» (Bürgerrechtler) geboren.

Es erschienen Briefe, Gesuche, Erklärungen an die Adresse aller möglichen behördlichen Instanzen, wie Regierungsstellen, Gerichte, Literaturverwaltung. Dieses ganze Material wurde in grossem Umfang durch den Samisdat verbreitet, der damit sozusagen eine neue Aufgabe erhalten hatte. Private Bittschriften wurden so zum wenigstens halböffentlichen Politikum und zum Stimulans für jene Kreise, die dem Samisdat zugänglich sind. Aus solchem Material stellte man auch Sammelbände zusammen, deren bekanntester das «Weissbuch in Sachen Sinjawschij/Daniel» ist, das der später ebenfalls ins Lager eingelieferte Ginsburg zusammenstellte.

Die Gegenmassnahmen der Machthaber reichen von den «prophylaktischen Gesprächen», zu denen man Samisdat-Autoren und -Verteiler einlädt, über die Entlassung vom Arbeitsplatz bis zur Einlieferung ins Gefängnis, KZ oder Irrenhaus. Die Arbeit der Behörden wird technisch dadurch erleichtert, dass viele Samisdat-Autoren freiwillig aus der Anonymität heraustreten und ihre Texte mit vollem Namen unterzeichnen. Andererseits aber führen die Repressalien wieder zu neuen Eingaben und Protesten.

Jedenfalls hat der Strom der Briefe und Appelle an das Regime bis heute nicht aufgehört. Der Brief an offizielle Stellen wird von vielen Autoren als die günstigste Form des Kampfes unter den gegenwärtigen Bedingungen betrachtet. Neben dem offiziellen Adressaten wird mit solchen Eingaben vor allem die Intelligenz des Landes angesprochen. Auf sie sucht der Samisdat hauptsächlich Einfluss zu nehmen. Daneben haben Bürgerrechtler auch angefangen, sich direkt an die Bürger des Landes, an die Weltöffentlichkeit oder an internationale Organisationen zu wenden. psv

Zum Beispiel Valerija Nowodworskaja

Im offenen Brief der «Initiativgruppe zur Verteidigung der Bürgerrechte in der UdSSR» wird als Beispiel für die Repression der Machthaber die Verhaftung der Studentin Valerija Nowodworskaja angeführt, die obrigkeitwidrige Gedichte schrieb und verteilte.

Valerija Nowodworskaja wurde 1951 geboren. Sie beendigte ihr Mittelschulstudium 1968 mit Auszeichnung und immatrikulierte sich anschliessend am Moskauer Institut für Fremdsprachen, wo sie die französische Abteilung besuchte.

Ihre Festnahme erfolgte vor ziemlich genau einem Jahr, am 5. Dezember 1969. An jenem Datum, der in der Sowjetunion als «Tag der Verfassung» gefeiert wird, verteilte sie im Kongresspalast des Kremls vor Beginn der Operaufführung «Oktober» verschiedene Flugblätter. Sie enthielten Gedichte, die sie selbst verfasst hatte, und behandelten unter anderem das Thema der sowjetischen Panzer in Prag. Man verhaftete sie während ihrer Flugblattaktion. Bei der späteren Hausdurchsuchung wurden drei handgeschriebene Bücher ihrer Gedichte beschlagnahmt.

Am 15. März 1970 fand in Moskau die Gerichtsverhandlung in Abwesenheit der Angeklagten statt. Man liess ihr Erscheinen nicht zu, nachdem eine psychiatrische Diagnose des Serbskij-Institutes «Schizophrenie und paranoische Entwicklung der Persönlichkeit» festgestellt hatte. Der Staatsanwalt verglich in seiner Rede die Handlungsweise von Valerija Nowodworskaja mit den Schüssen, die ein Jahr zuvor ein Attentäter anlässlich des Kosmonautenempfangs gegen die offizielle Autokolonne abgegeben hatte.

Das Gericht beschloss eine zwangsweise Behandlung der Angeklagten in der Spezialklinik von Kasan. Später stellten Verwandte fest, dass Va-



Valerija Nowodworskaja.
Bild-Copyright «Kuratorium Geistige Freiheit», Bern.

lerija Nowodworskaja nicht einmal darüber orientiert worden war, dass eine Gerichtsverhandlung gegen sie stattgefunden hatte. Sie befindet sich noch immer in der psychiatrischen Klinik, wo sie nächstes Jahr ihren zwanzigsten Geburtstag feiern wird.

Die hier wiedergegebene «Ode zum Verfassungstag» ist am 30. April 1970 in der «Chronik der laufenden Ereignisse» erschienen, jener sowjetischen Untergrundzeitschrift, welche seit dem Menschenrechtsjahr 1968 in vervielfältigter Form alle zwei Monate «illegal» erscheint und die wichtigste Publikation des «Samisdat» (die Verbreitung unliebsamer Manuskripte über Durchschläge, die von jedem Bezüger vermehrt werden) geworden ist. ■

Ode zum Verfassungstag

Das Gedicht gehört zu den Versen, welche Valerija Nowodworskaja letztes Jahr zum Verfassungstag am 5. Dezember verteilte, als sie im Kongresspalast demonstrierte.

Wir danken herzlich dir, Partei,
Für alles, was du tust und tatest,
Für unsern ganzen Hass von heute:
Wir danken herzlich dir, Partei.

Wir danken herzlich dir, Partei,
Für diesen Höhepunkt der Falschheit,
Für Trägheit, Doppelzüngigkeit:
Wir danken herzlich dir, Partei.

Wir danken herzlich dir, Partei,
Für diesen ganzen Lug und Trug,
Die Porträts und die Denunzianten,
Und für die Schüsse auf dem Prager Platz.
Für alles, was du noch zusammenlügst.

Fürs Wohn- und Arbeitsparadies,
Erbaut auf Blut und auf Verbrechen,
Für die entzweite schwarze Welt
In alt und neuen Folterkammern.

Wir danken herzlich dir, Partei,
Dass wir den Glauben nicht mehr haben
An Resten einer Formel, die
sich in der Nebelnacht verlor.

Wir danken herzlich dir, Partei,
Für unsre Abscheu und Verzweiflung,
Für unser hundsgemeines Schweigen:
Wir danken herzlich dir, Partei.

Wir danken herzlich dir, Partei,
Für die zum Tod verdamnte Wahrheit
Und für die Schüsse in den spätern

Kämpfen:
Wir danken herzlich dir, Partei.